SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Suffizienz - erlebte Zumutung und umweltpolitische Chance: Wege aus der sozial-ökologischen Sackgasse

Kalke, Karoline; Haderer, Margaret

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kalke, K., & Haderer, M. (2026). Suffizienz - erlebte Zumutung und umweltpolitische Chance: Wege aus der sozial-ökologischen Sackgasse. In S. Nowak, U. Filipič, H. Eichmann, & V. Heimerl (Hrsg.), *Auf dem Weg zum Klimasozialstaat: Der Sozialstaat im sozialen und ökologischen Umbau* (S. 117-127). Wien: ÖGB-Verlag. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-108974-5

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Karoline Kalke, Margaret Haderer

SUFFIZIENZ – ERLEBTE ZUMUTUNG UND UMWELTPOLITISCHE CHANCE: WEGE AUS DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN SACKGASSE[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Die suffizienzorientierte Transformationsforschung steckt in einer Sackgasse: Suffizienz gilt in westlichen Gesellschaften oft als Zumutung, wird politisch marginalisiert und ruft defensive Reaktionen hervor. Gleichzeitig eröffnet sie angesichts eines geschwächten Sozialstaats und einer sich zuspitzenden Polykrise neue Chancen – als Strategie eines doppelten „Genug" und als Grundlage solidarischer Allianzen. Der Beitrag untersucht dieses Paradox und fragt, wie eine handlungsfähige sozial-ökologische Politik Blockaden liberaler Demokratien überwinden und gerechte Transformationspfade eröffnen kann.

- Umverteilung und Grundsicherung: progressive Steuern zur Finanzierung des „unteren Limits" des Genug.
- Solidarität und Responsivität: Relativierung neoliberaler Wettbewerbslogik, aktive Einbeziehung benachteiligter Gruppen.
- Institutionelle Transformation: neue Kollektivitäten und konfliktfähige Partizipation als Chance demokratisch verhandelter Grenzen.

ABSTRACT

Sufficiency-oriented transformation research is at an impasse: Sufficiency is widely seen as an imposition, politically marginalised, and met with defensive reactions. Yet in the context of a weakened welfare state and an intensifying polycrisis, it also offers new opportunities – as a twofold concept of "enough" and as a basis for solidary alliances. This contribution explores this paradox and asks how capable socio-ecological policies might overcome blockages in liberal democracies and open pathways to just transformations.

- Redistribution and basic provision: Using progressive taxation to secure a reliable minimum level of "enough".
- Solidarity and responsiveness: Challenging neoliberal competition logics and ensuring the active inclusion of disadvantaged groups.
- Institutional transformation: Building new form of collectivity and conflict-ready participation to enable democratically negotiated limits.

1 Teile dieses Textes greifen auf bereits entwickelte Überlegungen zurück, die hier in überarbeiteter Form wieder aufgenommen wurden. Eine ausführlichere Darstellung findet sich in Haderer/Kalke (i. E.) sowie in Kalke et al. (2024).

1 EINLEITUNG

Die Debatte um eine suffizienzorientierte sozial-ökologische Transformation scheint in eine politische Sackgasse geraten zu sein. Während sich die Klimakrise dramatisch verschärft und ihre Folgen längst im Alltag spürbar werden, bleibt eine suffizienzorientierte Umweltpolitik politisch marginalisiert. Sie gerät nicht nur gegenüber Effizienz- und Konsistenzstrategien ins Hintertreffen, sondern wird vielfach selbst zum Problem erklärt: als Einschränkung individueller Freiheit, als Gefahr für Wohlstand, als Zumutung in ohnehin krisenerschöpften Gesellschaften. Gleichwohl erweist sich Suffizienz gerade unter diesen Bedingungen als notwendiger Bestandteil einer ernsthaften Transformationsstrategie. Sie bietet eine Antwort auf ökologische Grenzen und eröffnet die Möglichkeit neuer Solidaritäten, indem sie die Interessen jener sichtbar macht, die von einem „Genug" profitieren könnten. Suffizienz erscheint damit zugleich als Problem und als Lösung, als subjektive Zumutung und als umweltpolitische Chance.

Diese Ambivalenz verweist auf ein Transformationsdilemma liberaler Demokratien: Westliche Gegenwartsdemokratien, die angesichts der Polykrise in besonderer Weise auf Suffizienz angewiesen zu sein scheinen, erweisen sich zugleich als am wenigsten fähig, sie politisch zu tragen. Der Beitrag fragt daher, wie mit den Blockaden liberaler Demokratien umzugehen ist, die Suffizienz in eine politische Sackgasse geführt haben, und welche Rolle eine handlungsfähige sozial-ökologische Politik dabei spielen könnte.

Die Argumentation entfaltet sich in vier Schritten: Zunächst wird skizziert, dass sich Bemühungen um eine suffizienzorientierte sozial-ökologische Transformation zunehmend in einer Sackgasse befinden. Im Anschluss wird Suffizienz als Transformationsstrategie diskutiert, die das Potenzial einer gerechteren gesellschaftlichen und nachhaltigen Entwicklung eröffnet. Danach werden die Widerstände gegen Suffizienzpolitik in liberalen Demokratien beleuchtet, die zwischen subjektiven Zumutungs- und Kränkungserfahrungen, rechter Aushöhlung und strukturellen Blockaden in liberalen Demokratien oszillieren. Abschließend wird aufgezeigt, dass eine aktiv verstandene und inklusiv gestaltete sozial-ökologische Politik als Brücke fungieren kann: Sie vermag zunächst die subjektiv erlebten Zumutungen abzufedern und kann in einem nächsten Schritt gesellschaftspolitisch dazu beitragen, die strukturellen Blockaden kapitalistischer Demokratien zu lockern – oder zumindest neue Handlungsspielräume zu eröffnen, sodass Suffizienz nicht länger primär als Zumutung erscheint, sondern als realisierbare Option einer gerechten Transformation.

2 DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION IN DER SACKGASSE

Die sozial-ökologische Transformation – also die gesellschaftlichen Bemühungen, gesellschaftliche Naturverhältnisse nachhaltiger zu gestalten, um gegenwärtige und zukünftige Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten ökologisch und sozial abzusichern – zeigt deutliche Erschöpfungsanzeichen. Zwar bekennen sich nach wie vor viele Staaten weltweit zur Nachhaltigkeit, doch die Diskrepanz zwischen rhetorischem Bekenntnis und tatsächlichem Handeln wächst zunehmend. Parallel warnen Wissenschaftler:innen seit mehr als einem Jahrzehnt vor der Überschreitung planetarer Grenzen, deren Verletzung abrupt oder irreversibel Ökosysteme destabilisieren könnte. Bereits sieben der neun identifizierten Grenzen gelten als überschritten (Richardson et al. 2023; Sakschewski et al. 2025), verbunden mit erheblichen Risiken für soziale Strukturen, die auf stabile Lebensgrundlagen angewiesen sind.

In den konkurrierenden Logiken der sozial-ökologischen Transformation dominieren Effizienz- und Konsistenzstrategien unter dem Label „grünes Wachstum", während Suffizienzansätze marginal bleiben. Internationale Governance setzt vor allem auf technologische Innovationen und ökologische Modernisierung. So verknüpft die Agenda 2030 Klimaschutz eng mit Wachstums- und Innovationszielen, stellt jedoch die „grundlegenden Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung" (Brand/Wissen 2017, 30) nicht grundlegend infrage. Transformation erscheint dadurch eher als technisches Verwaltungsproblem denn als tiefgreifender gesellschaftlicher Umbau. Zugleich geraten selbst diese auf Konsistenz und Effizienz fokussierten Transformationsstrategien vor dem Hintergrund retrograder Reaktionen der äußeren Rechten (Pirro 2023) auf die sozial-ökologischen Krisen zunehmend unter Druck. Dies zeigt sich etwa in der Aushöhlung internationaler Umweltpolitik oder in nationalistisch verengten Klimamaßnahmen. Je nach Kontext dienen solche Strategien entweder dem Schutz nationaler Identität und Autarkie oder der Rückkehr zu vermeintlich sicheren fossilen Vergangenheiten (Selk/Kemmerzell 2022) – teilweise gestützt durch marktfundamentalistische, techno-libertäre Autoritarismen.

Damit einhergehend lässt sich der schlechte Zustand der sozial-ökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit nicht ohne einen Blick auf die Krise der liberalen Demokratie verstehen (Haderer/Kalke [i. E.]). Schließlich hat diese vor dem Hintergrund des Erstarkens der äußeren Rechten nicht minder einen schwachen Puls. Die Krisen der sozial-ökologischen Transformation und der liberalen Demokratie sind eng miteinander verwoben. Im neoliberalen Akkumulationsregime wurde Umweltpolitik zunehmend auf marktförmige Technologie- und Effizienzstrategien ausgerichtet, während zugleich der Sozialstaat geschwächt wurde. Damit verlor die liberale Demokratie ein zentrales Instrument gesellschaftlicher Stabilisierung, das während der „sozialen Moderne" Konflikte abfederte und ihre Legitimation (Hausknost 2023) stützte (Nachtwey 2016, 17 ff.). In spätmodernen Gesellschaften verschärfen entsicherte Individualisierung, vermarktlichte Emanzipationsformen und stagnierendes Wachstum soziale Ungleichheiten und nähren Kränkungs- und Entfremdungspotenziale (Amlinger/Nachtwey 2022; Eversberg et al. 2024). Unter dem Druck von Selbstverwirklichung und Selbstfürsorge entstehen Frustration und Ressentiments (Decker et al. 2024), verstärkt durch Krisenerfahrungen und düstere Zukunftsbilder (Zierott et al. 2025). Damit verliert die sozial-ökologische Transformation ihre Verankerung als kollektive Chance und erscheint zunehmend als Bedrohung, was autoritäre Akteur:innen gezielt für sich nutzen.

Vor diesem Hintergrund wird der Transformationspfad der Suffizienz als Lösung für die Krisen von Demokratie und Nachhaltigkeit diskutiert (siehe Bärnthaler in diesem Band). Zwar wird anerkannt, dass Suffizienzpolitik in einem Dilemma marginalisierter Resonanz steckt (Eversberg et al. 2024) – Transformationsvorhaben stoßen auf Widerstände, die paradoxerweise durch einen noch umfassenderen suffizienzorientierten Paradigmenwechsel überwunden werden sollen –, die tiefergehenden demokratietheoretischen Implikationen dieses Ansatzes bleiben jedoch weitgehend unberücksichtigt. Diese liegen darin, dass Forderungen nach einer radikalen Kehrtwende der (neo)liberalen Umweltpolitik nicht nur auf die Wiederbelebung eines starken Sozialstaats verweisen, sondern auch auf die Notwendigkeit, sich grundlegend vom kapitalistischen Wachstumsparadigma abzuwenden.

Vor dem Hintergrund dieser normativ wünschenswerten Vorschläge reicht es somit nicht aus, allein die aktuellen Probleme spätmoderner Vergesellschaftung sowie internationaler Umweltgovernance zu betrachten. Von entscheidender Bedeutung ist auch die tiefere Verflechtung von liberaler Demokratie und Kapitalismus: Letzterer unterläuft auf struktureller Ebene eine Suffizienzstrategie, die eine Abkehr vom Wachstumszwang zum Ziel hat. Vor diesem Hintergrund

argumentiert dieser Beitrag, dass die suffizienzorientierte sozial-ökologische Transformation in einer Sackgasse steckt. Damit werden nicht nur Defizite politischer Strategien offengelegt, sondern auch grundlegende gesellschaftliche und demokratiepolitische Spannungen.

3 SUFFIZIENZ ALS GERECHTE TRANSFORMATIONSSTRATEGIE

Konsistenz- und Effizienzstrategien einer sozial-ökologischen Transformation sind von der kritischen Postwachstumsforschung überzeugend infrage gestellt worden. Der zentrale Kritikpunkt lautet, dass diese Ansätze im Kern auf markt- und technologiebasierte Mechanismen ökologischer Modernisierung verkürzt werden und damit letztlich ein „Weiter-so" legitimieren. Sie nähren die Vorstellung eines vermeintlich „grünen Wachstums", das jedoch die bestehenden Probleme ökologischer Ungleichheit und Klimagerechtigkeit nicht überwindet, sondern vielmehr verfestigt (siehe Bärnthaler in diesem Band; Brand 2014; Eversberg et al. 2024). Statt die kapitalistische Wirtschaftsweise in ihrer postfossilen Variante als zukunftsfähig zu bekräftigen, müsse sie – so die Argumentation – vielmehr als wesentliche Triebkraft nicht nur der Klimakrise, sondern der umfassenderen „Vielfachkrise" politisch problematisiert werden (Demirović et al. 2011).

Hinzu kommt, dass großtechnologische Innovationen und marktorientierte Lösungsansätze jene eigenlogische Steigerungsdynamik weiter befeuern, die sich zunehmend von menschlichen Bedürfnissen und den natürlichen Lebensgrundlagen entkoppelt hat. Genau diese Dynamik aber hat die Krisenerfahrungen von Überlastung, Entfremdung, sozialer Überforderung und ökologischer Zerstörung hervorgebracht – und reproduziert sie fortlaufend (Eversberg et al. 2024).

Demgegenüber wird der Ansatz der Suffizienz hervorgehoben. Er versteht sich als doppelte Leitidee des „Genug" (Gough 2020): Zum einen zielt er auf eine gesellschaftliche Gestaltung von Produktion und Konsum, die sicherstellt, dass grundlegende materielle wie soziale Bedürfnisse verlässlich befriedigt werden können. Zum anderen setzt er eine klare Begrenzung, indem er die Überschreitung ökologischer Belastungsgrenzen ausschließt. Suffizienz markiert damit nicht Verzicht im engeren Sinn, sondern eine Orientierung an einem Maß, das sowohl sozial tragfähig als auch ökologisch verantwortbar ist (siehe Bärnthaler in diesem Band; Eversberg et al. 2024; Sachs 2015; Schneidewind/Zahrnt 2013).

Hinter der Leitidee des doppelten „Genug" stehen die Konzepte der „Konsumkorridore" (Fuchs et al. 2021) und „Produktionskorridore" (Bärnthaler/Gough 2023). Suffizienzkorridore definieren Mindest- und Höchstgrenzen für Konsum und Produktion, um sicherzustellen, dass die als universell verstandenen Grundbedürfnisse (Doyal/Gough 1991; Max-Neef et al. 1991) aller erfüllt werden – im Sinne eines eudämonistischen Verständnisses von gutem Leben (Fuchs et al. 2021) –, ohne die ökologischen Belastungsgrenzen zu überschreiten. Damit soll verhindert werden, dass Einzelne auf Kosten anderer Menschen oder der Umwelt leben.

Demokratische Verfahren, etwa Bürger:innenversammlungen und betriebliche Mitbestimmung, sollen es der Bevölkerung ermöglichen, mitzuentscheiden, welche Bedürfnisse vorrangig erfüllt werden sollen (Fuchs et al. 2021), und wirken zugleich Entfremdungs- oder Kränkungserfahrungen entgegen (Eversberg et al. 2024). Suffizienz bedeutet dabei nicht einfach „weniger für alle", sondern vielmehr „mehr für manche" (siehe Bärnthaler in diesem Band), indem sie einen gerechten Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicherstellt. Die Umsetzung dieses Ansatzes erfordert einen tiefgreifenden Umbau von Infrastrukturen, Regulierungen

und Institutionen – ein Vorhaben, das angesichts der aktuellen Umweltpolitik und der strukturellen Herausforderungen liberaler Demokratien zunehmend in die Ferne zu rücken scheint.

4 WIDERSTÄNDE GEGEN SUFFIZIENZPOLITIK IN LIBERALEN DEMOKRATIEN

Die liberale Demokratie hat sich historisch in enger Verbindung mit dem Kapitalismus entwickelt und zeichnet sich durch Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Repräsentation aus. Die institutionelle Absicherung individueller Freiheits- und Eigentumsrechte erwies sich als zentraler Motor kapitalistischer Akkumulationslogiken, deren Dynamiken wiederum strukturelle soziale Ungleichheit erzeugen. In westlichen Wohlfahrtsstaaten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde versucht, diese Spannungen durch Regulierung von Arbeitsverhältnissen, soziale Sicherungssysteme und Zugang zu Bildung abzumildern. So entstand die „soziale Moderne" (Nachtwey 2016), die einerseits soziale Konflikte befriedete und die Legitimität liberaler Demokratien stabilisierte, zugleich jedoch auf Ungleichheiten entlang von Gender und Race sowie auf der Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten beruhte (Lessenich 2016 u. 2019).

Im Zuge des wachsenden Wohlstands und der Bildungsexpansion während dieses „Golden Age" forderten Teile der neuen sozialen Bewegungen der späten 1960er- und 1970er-Jahre – allen voran die Studierendenbewegung – mehr Selbstverwirklichung, Flexibilität und Eigenverantwortung, kurz: Autonomie jenseits von Hierarchien und Gehorsam. Die Antwort des Marktes bestand darin, diese Forderungen nach Autonomie und Selbstverwirklichung in marktförmige Bahnen zu lenken. Wie Boltanski/Chiapello (2005) zeigen, wurde Selbstverwirklichung zum disziplinierenden Versprechen des flexiblen Marktes.

Mit der neoliberalen Wende avancierte Autonomie als Selbstverwirklichung zu einem Alltagsimperativ (Ehrenberg 2012). Sie manifestierte sich im Ideal des „unternehmerischen Selbst" (Bröckling 2007), während zugleich soziale Sicherheiten abgebaut wurden. Dies führte zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten (Piketty 2023) und zu einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In Zeiten verschränkter Krisen, deren Verständnis und Bewältigung zunehmend auf Expert:innenwissen angewiesen ist (Lütjen 2022; Selk 2023), geraten Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zusätzlich unter Druck. Stagnierendes Wirtschaftswachstum (Reitz/Jörke 2021; Streeck 2013) und die von Klimaforscher:innen und Aktivist:innen gezeichneten düsteren Zukunftsszenarien (Zierott et al. 2025) verstärken die Sorge, die eigenen Ansprüche an Selbstverwirklichung nicht länger erfüllen oder zumindest nicht mehr erweitern zu können. Daraus entsteht ein erhebliches Potenzial für Enttäuschung, Kränkung und Überforderung. Amlinger und Nachtwey (2022) sprechen in diesem Zusammenhang von „gekränkter Freiheit": Sie entsteht, wenn Individuen gesteigerte Ansprüche entwickeln, diese aber nur bruchstückhaft realisieren können.

Hinzu kommt der kollektive und individuelle Zwang zur Selbstfürsorge, der gerade in Zeiten stagnierenden oder ausbleibenden Wachstums bei privilegierten Gruppen Statusverlustängste und bei prekarisierten Personen Überforderung hervorruft. Mau, Lux und Westheuser (2023, 205 ff.) weisen darauf hin, dass Menschen, die alltägliche Überlebensprobleme („‚End of the day'-problems") bewältigen müssen, nur begrenzte Kapazitäten haben, sich zugleich mit globalen Klimaproblemen („‚End of the world'-problems") auseinanderzusetzen.

Damit verbindet sich eine Form von Selbstbestimmung, die zunehmend individualistisch überhöht ist (Kalke 2025) – verstärkt durch den Strukturwandel der digitalen Öffentlichkeit (Habermas 2023). Selbstverwirklichung erscheint als exklusives Besitzrecht, das durch eine entsprechend verstandene Selbstbestimmung politisch verteidigt werden muss. Dies umfasst auch die Abwehr einer als kränkend erlebten Meritokratie. Selbst das Beharren auf subjektiver Wahrheit und Lebenswelt gegenüber epistemischen Autoritäten folgt letztlich dem Prinzip eigenverantwortlicher Leistung.

Diese individualistisch überhöhte Selbstbestimmung steht jedoch in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu kollektiven Konzepten von Selbstbestimmung. Deliberative Ansätze, die auf gemeinsame Lösungen und solidarische Aushandlungsprozesse setzen – etwa bei der Gestaltung von Suffizienzkorridoren – geraten aus dem Blick. Kollektive Zusammenschlüsse finden nur noch Akzeptanz, wenn sie die eigenen Ansprüche und subjektiven Rechte absichern (Kalke 2025). Dieses Narrativ wird von rechtspopulistischen Akteur:innen gezielt aufgegriffen (Baumann 2017; Blühdorn/Butzlaff 2018). Damit ist die Fähigkeit zur Vernunft, die die Grundlage sowohl individueller als auch kollektiver Selbstbestimmung bildet und auf der die Idee von Konsum- und Produktionskorridoren aufbaut, in spätmodernen Demokratien durch die neoliberale Vermarktlichung der Öffentlichkeit gegen sich selbst gerichtet worden.

Diese Entwicklungen untergraben die zivilgesellschaftliche Verankerung der sozial-ökologischen Transformation. Was einst als vielversprechende „Kunst gesellschaftlichen Wandels" (Schneidewind 2019) mit neuen Wertvorstellungen, Kooperation und lokalem Engagement galt, ist heute vielfach von Angst, Kränkung und Unsicherheit überschattet. Transformation wird nicht länger als kollektive Chance wahrgenommen, sondern als Bedrohung individueller Lebenspraxis – eine Dynamik, die autoritäre Bewegungen gezielt nutzen.

Während diesen Zustandsbeschreibungen gegenwärtiger liberaler Demokratien Suffizienzansätze überzeugend gegenübergestellt werden, solange die Probleme des neoliberalen Akkumulationsregimes und spätmoderner Vergesellschaftung adressiert werden, bleiben die weiteren strukturellen Blockaden liberaler Demokratien (Hausknost 2023; Kalke et al. 2024) nicht ausreichend berücksichtigt. In liberalen Demokratien gilt Wirtschaftswachstum – nicht zuletzt zur Demokratisierung von Konsummöglichkeiten – als Allheilmittel zur Besänftigung politischer und sozialer Konflikte (Schmelzer 2015). Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist individuelle Freiheit eng mit dem Recht auf Konsum verknüpft, was zu einem zentralen Element dieses vermeintlichen Allheilmittels wurde. „Wohlstand für alle" (Erhard 1957) avancierte in den 1940er-Jahren in den USA und in den 1950er-Jahren in Europa zu einem Schlüsselargument für die Entfaltung von Konsumgesellschaften, in denen der Staat die Rahmenbedingungen gewährte, aber nicht unmittelbar eingriff.

Damit einhergehend würden Konsum- und Produktionskorridore aus einer demokratietheoretischen Perspektive vor allem Legitimationsprobleme für liberale Regierungen bedeuten, da sie jenen Bereich politisieren würde, den liberale Demokratien bislang bewusst privat und damit unpolitisch gehalten haben, um ihre Stabilität zu sichern. Wie Hausknost (2023) zeigt, beruht diese Stabilität wesentlich auf „passiver Legitimität", die durch Mechanismen der Verdinglichung, der Externalisierung (siehe auch Lessenich 2019) und der Performanz getragen wird. Besonders die Marktökonomie fungiert als verdinglichte „Black Box" (Deutschmann 2015), deren Dynamiken – etwa Preissteigerungen infolge globaler Krisen – von politischen Autoritäten als äußere Tatsachen präsentiert werden können. Greifen Regierungen jedoch aktiv in die Produktion und den Konsum ein, etwa durch verbindliche Obergrenzen, machen sie sich sichtbar zu

Urhebern belastender Fakten und riskieren Widerstand, wie die Proteste der „Gelbwesten" eindrücklich verdeutlichten. Suffizienzkorridore unterminieren zugleich das Prinzip der Externalisierung, indem sie globale Ungleichheiten internalisieren und so den Wohlstand der Eingeschlossenen infrage stellen. Schließlich gefährden sie auch die Performanzlogik liberaler Demokratien, da staatliche Autoritäten dann weniger als Anbieter von Wahlmöglichkeiten und Wohlstand, sondern primär als Instanzen von Einschränkung wahrgenommen würden. Die Einführung von Suffizienzkorridoren – selbst wenn sie durch deliberative Verfahren wie Bürger:innenversammlungen legitimiert würden, deren Potenzial unbestritten ist (Defila/Di Giulio 2020) – käme einer internen, von staatlichen Autoritäten verantworteten Erzeugung konfliktträchtiger sozialer Tatsachen gleich. Während kapitalistische Märkte Gesellschaften langfristig durch ihre ökologischen Folgekosten destabilisieren, tragen sie paradoxerweise kurzfristig zur Stabilisierung liberaler Demokratien bei (Lessenich 2019), da sie politische Verantwortung verschleiern. Dieses Spannungsverhältnis lässt sich nicht leicht auflösen. Damit geraten Suffizienzkorridore in ein grundlegendes Spannungsverhältnis: Sie sind normativ überzeugend, stellen jedoch zentrale Stabilitätsmechanismen liberal-demokratischer Ordnungen infrage.

5 WEGE AUS DER SACKGASSE?

Das Spannungsverhältnis zwischen liberaler Demokratie – geprägt durch ihre historische Verflechtung mit dem Kapitalismus sowie ihre Betonung individueller Freiheit und Selbstbestimmung – und nachhaltigen gesellschaftlichen Naturverhältnissen erweist sich als grundsätzlich. Ziel dieses Beitrags ist es jedoch nicht, Suffizienzstrategien vor diesem Hintergrund vorschnell zu verwerfen. Vielmehr sollte aus gesellschafts- und demokratietheoretischer Perspektive ein Verständnis der Blockaden entwickelt werden, die ihrer Umsetzung bislang entgegenstehen – mit dem Ziel, Ansatzpunkte für ihre schrittweise Überwindung sichtbar zu machen.

Das Wanken liberaler Demokratien und sozial-ökologischer Transformationsprozesse lässt sich eindämmen, und die Erfolgschancen solcher Prozesse lassen sich steigen, wenn sie durch eine proaktive sozial-ökologische Politik begleitet werden. Wo passives Beobachten die Krisen der Transformation vertieft, schafft der Handlungszwang die Möglichkeit, politische Optionen aktiv zu gestalten, etwa durch ein progressives Steuersystem, das höhere Einkommen und Vermögen umverteilt und somit zur Finanzierung dessen beiträgt, was Suffizienzansätze als untere Ebene des Genug diskutieren: eine Grundsicherung für ein lebenswertes Leben für alle – unabhängig von Leistung.

Zentral ist dabei, zunächst das tief verankerte meritokratische Leistungsprinzip individueller Eigenverantwortung und Konkurrenz zu relativieren und (wieder) Raum für Solidarität, Kollektivität und Universalität zu schaffen. Dies setzt voraus, dass der allgegenwärtige Wettbewerbsdruck durch eine verlässliche Grundsicherung abgefedert wird. Ebenso wäre es hierfür notwendig, dass Bürger:innen unterer sozialer Lagen, die bislang nur eine geringe politische Responsivität erfahren haben (Elsässer et al. 2017), in Prozessen politischer Partizipation, die auch Raum für Dissens schaffen, wieder stärker gesehen und gehört werden (Eversberg et al. 2024), denn ohne eine Allianz mit jenen Gruppen, die von einem „Weniger ist mehr" tatsächlich und umfassend profitieren würden, sind weder Mehrheiten noch politische Umsetzbarkeit für eine Umverteilung zur Finanzierung eben dieser Grundsicherung auch nur in Sicht. Eine Möglichkeit, solche Allianzen zu fördern, liegt in der direkten Ansprache, etwa durch Haustürgespräche im Rahmen des Organizing. Zwar ist dies ressourcenintensiv, es eröffnet aber die Chance, auch diejenigen zu erreichen, die sich von der Politik seit Langem nicht mehr repräsentiert fühlen.

Dies soll keineswegs den Eindruck erwecken, dass mit solchen Maßnahmen bereits ein Zeitalter der Suffizienz oder des Postwachstums angebrochen wäre oder dass die in kapitalistischen Gesellschaften tief verwurzelte Verlockung autoritärer Politik (Rensmann 2018) überwunden sei. Ebenso wenig ist damit gesagt, dass die Probleme kollektiver Selbstbestimmung im Zuge des digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit auch nur ansatzweise berührt würden. Vielmehr geht es zunächst um etwas weitaus Grundsätzlicheres: das provisorische Kitten jener tiefen Risse liberaler Demokratien, die durch wachsende soziale Ungleichheit entstanden sind. Es handelt sich um nichts anderes als den Versuch, die demokratischen Grundlagen von Freiheit bei Gleichheit wiederherzustellen – sofern diese überhaupt jemals vorhanden waren (Lessenich 2019). Erst dann ist es möglich, an Suffizienzkorridore als tiefgreifende Strategie einer sozial-ökologischen Transformation im eigentlichen Sinne zu denken. Denn das notwendige Setzen der Obergrenzen markiert trotz aller Grundsicherungen und Versprechen für mehr Partizipation, Mitbestimmung und vielleicht auch Zeit eine schwer zu überkommende Hürde der Einschnitte in gewohnte Konsummuster.

Dieser Beitrag verweist damit zunächst auf einen möglichen Ausgangspunkt der einen Dimension des „Genug“: das untere Limit zur Sicherung grundlegender Bedürfnisse sowie einen politischen Neubeginn des Gehörtwerdens – und zugleich auf einen vorsichtigen Beginn der zweiten Dimension, verstanden als Maximalgrenze. Beides ließe sich durch die Umverteilung hoher Einkommen und Vermögen einleiten, da deren Besitzer:innen nachweislich in besonderem Maße zu klimaschädlichem Verhalten beitragen und zugleich Lobbyarbeit gegen eine progressive Steuerpolitik betreiben.

Erst auf der Grundlage einer neu belebten Kollektivität nach vier Jahrzehnten neoliberaler Vereinzelung eröffnet sich die Möglichkeit eines partizipativen Weiterdenkens darüber, wie tiefgreifende institutionelle Veränderungen im Sinne weiterreichender Maximalgrenzen gemeinschaftlich erarbeitet werden könnten. Solche Veränderungen wären unabdingbar, um zu verhindern, dass es bei einer sozialen Moderne 2.0 bleibt, die weiterhin auf der Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten basiert. Zugleich würden sie jedoch über die bestehenden Legitimationsmuster liberaler Demokratien hinausweisen (Hausknost 2023; Kalke et al. 2024) und eine institutionelle Übersetzung von liberaler in republikanische Freiheit erforderlich machen.

BIBLIOGRAFIE

Amlinger, Carolin /*Nachtwey,* Oliver (2022). Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin, Suhrkamp.

Bärnthaler, Richard/*Gough,* Ian (2023). Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors. Sustainability: Science, Practice and Policy 19 (1), Artikel 2218690. https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690.

Bauman, Zygmunt (2017). Retrotopia. Berlin, Suhrkamp.

Blühdorn, Ingolfur/*Butzlaff,* Felix (2018). Rethinking Populism: Peak democracy, liquid identity and the performance of sovereignty. European Journal of Social Theory 1 (4), 136843101775405. https://doi.org/10.1177/1368431017754057.

Boltanski, Luc/*Chiapello*, Ève (2005). The new spirit of capitalism. London, Verso.

Brand, Karl-Werner (Hg.) (2017). Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. Frankfurt/New York, Campus Verlag.

Brand, Ulrich (2014). Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. kurswechsel (2), 7–18.

Brand, Ulrich/*Wissen,* Markus (2017). Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München, Oekom.

Bröckling, Ulrich (2007). Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Decker, Oliver/*Kiess,* Johannes/*Heller,* Ayline/*Brähler,* Elmar (Hg.) (2024). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen: Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen, Psychosozial-Verlag.

Defila, Rico/*Di Giulio,* Antonietta (2020). The concept of "consumption corridors" meets society: How an idea for fundamental changes in consumption is received. Journal of Consumer Policy 43 (2), 315–344. https://doi.org/10.1007/s10603-019-09437-w.

Demirović, Alex/*Dück,* Julia/*Becker,* Florian/*Bader,* Pauline (Hg.) (2011). Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg, VSA-Verlag.

Deutschmann, Christoph (2015). Disembedded markets as a mirror of society. European Journal of Social Theory 18 (4), 368–389. https://doi.org/10.1177/1368431015569655.

Doyal, Len/*Gough,* Ian (1991). A theory of human need. London, Macmillan. https://doi.org/10.1007/978-1-349-21500-3.

Ehrenberg, Alain (2012). Das Unbehagen in der Gesellschaft. Berlin, Suhrkamp.

Elsässer, Lea/*Hense,* Svenja/*Schäfer,* Armin (2017). „Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2), 161–180. https://doi.org/10.1007/s41358-017-0097-9.

Erhard, Ludwig (1957). Wohlstand für alle. Berlin, Econ.

Eversberg, Dennis/*Fritz,* Martin/*von Faber,* Linda/*Schmelzer,* Matthias (2024). Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. München, Campus Verlag.

Fuchs, Doris/*Sahakian,* Marlyne/*Gumbert,* Tobias/*Di Giulio,* Antonietta/*Maniates,* Michael/*Lorek,* Sylvia/*Graf,* Antonia (2021). Consumption corridors: Living a good life within sustainable limits. London, Routledge. https://doi.org/10.4324/9780367748746.

Gough, Ian (2020). Defining floors and ceilings: The contribution of human needs theory. Sustainability: Science, Practice and Policy 16 (1), 208–219. https://doi.org/10.1080/15487733.2020.1814033.

Habermas, Jürgen (2023). Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Berlin, Suhrkamp.

Haderer, Margaret/*Kalke,* Karoline (2026). Demokratiesterben? Die liberale Demokratie und die sozial-ökologische Transformation unter Druck. In: Karl-Werner *Brand*/Basil *Bornemann* (Hg.). Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York, Campus Verlag, 257–276.

Hausknost, Daniel (2023). Opacity and Transparency. Theoria 70 (177), 26–53. https://doi.org/10.3167/th.2023.7017702.

Kalke, Karoline (2024). Eine Frage der Autonomie. Zur Notwendigkeit und Illusion der Selbstbegrenzung. Makronom. Online verfügbar unter https://makronom.de/eine-frage-der-autonomie-45593 (abgerufen am 16.09.2025).

Kalke, Karoline (2025). The metamorphosis of autonomy in the digital Sphere: Implications for the eco-emancipatory project. European Journal of Social Theory (online), 1–20. https://doi.org/10.1177/13684310251330598.

Kalke, Karoline/*Haderer,* Margaret/*Hausknost,* Daniel/*Deflorian,* Michael (2024). Can liberal democracies thrive with consumption limits? Barriers to implementing consumption corridors. GAIA 33 (2), 243–249. https://doi.org/10.14512/gaia.33.2.19.

Lessenich, Stefan (2016). Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin, Carl Hanser.

Lessenich, Stefan (2019). Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Ditzingen, Reclam.

Lütjen, Torben (2022). The anti-authoritarian revolt: Right-wing populism as self-empowerment? European Journal of Social Theory 25 (1), 75–93. https://doi.org/10.1177/13684310211027113.

Mau, Steffen/*Lux,* Thomas/*Westheuser,* Linus (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin, Suhrkamp.

Max-Neef, Manfred/*Elizalde,* Antonio/*Hopenhayn,* Martín (1991). Human scale development: Conception, application and further reflections. London, Zed Books.

Nachtwey, Oliver (2016). Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin, Suhrkamp.

Piketty, Thomas (2023). Eine kurze Geschichte der Gleichheit. München, C.H.Beck.

Pirro, Andrea L. P. (2023). Far right: The significance of an umbrella concept. Nations and Nationalism 29 (1), 101–112. https://doi.org/10.1111/nana.12860.

Reitz, Tilman/*Jörke,* Dirk (2021). The reshaping of political representation in post-growth capitalism: A paradigmatic analysis of green and right-wing populist parties. Anthropological Theory 21 (3), 287–314. https://doi.org/10.1177/1463499620977992.

Rensmann, Lars (2018). The Persistence of the Authoritarian Appeal: On Critical Theory as a Framework for Studying Populist Actors in European Democracies. In: J. *Morelock* (Hg.). Critical Theory and Authoritarian Populism. London, University of Westminster Press, 29–47. https://doi.org/10.16997/book30.c.

Rhein, Philipp (2022). Negativ privilegiert statt deklassiert. Der andere Groll der AfD-Wähler:innen. Sozialer Sinn 23 (1), 49–71. https://doi.org/10.1515/sosi-2022-0003.

Richardson, Katherine/*Steffen,* Will/*Lucht,* Wolfgang/*Bendtsen,* Jørgen/*Cornell,* Sarah E./*Donges,* Jonathan F. et al. (2023). Earth beyond six of nine planetary boundaries. Science Advances 9 (37). https://doi.org/10.1126/sciadv.adh2458.

Sachs, Wolfgang (2015). Suffizienz. Umrisse einer Ökonomie des Genug. uwf 23, 3–9. https://doi.org/10.1007/s00550-015-0350-y.

Sakschewski, Boris/*Caesar,* Levke/*Andersen,* Lauren/*Bechthold,* Max/*Bergfeld,* Lotta/*Beusen,* Arthur et al. (2025). Planetary Health Check 2025: A Scientific Assessment of the State of the Planet. https://doi.org/10.48485/pik.2025.017.

Schmelzer, Matthias (2015). The growth paradigm: History, hegemony, and the contested making of economic growthmanship. Ecological Economics 118, 262–271. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2015.07.029.

Schneidewind, Uwe/*Zahrnt,* Angelika (2013). Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München, Oekom.

Schneidewind, Uwe (2019). Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch.

Selk, Veith/*Kemmerzell,* Jörg (2022). Retrogradism in context. Varieties of right-wing populist climate politics. Environmental Politics 31 (5), 755–776. https://doi.org/10.1080/09644016.2021.1999150.

Selk, Veith (2023). Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie. Berlin, Suhrkamp.

Streeck, Wolfgang (2013). Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin, Suhrkamp.

Zierott, Lea/*Block,* Katharina/*Bohmann,* Ulf/*Ernst-Heidenreich,* Michael/*Laux,* Henning (2025). The dispositif of a closed future and the paradoxical effects of the eco-emancipatory project. European Journal of Social Theory (online), 1–21. https://doi.org/10.1177/13684310251334944.